

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 RM., in Wilsdruff 1,30 RM., durch die Post bezogen 1,54 RM.

Insertionspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitranbieter und tabellarischer Satz mit 50 % Zuschlag.

Verleger Herr G. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat in Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blantenstein, Braunsdorf, Burthardswalde, Croisch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Knyrowitz, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohsen, Mohorn, Miltz-Rothschön, Rungitz, Reutirchen, Neutanneberg, Nieberwartha, Oberhermsdorf, Pörsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothschönberg mit Bernau, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Tanzenheim, Unterkdorf, Weistroppe, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schulte, Wilsdruff.

No. 28.

Dienstag, den 8. März 1910.

69. Jahrg.

Bekanntmachung.

Nach erstatteter Anzeige zufolge ist das von der hiesigen städtischen Sparkasse angelegte Einlagebuch Nr. 45022, auf Arno Otto Pehold in Kesselsdorf lautend, in Verlust geraten.

Unter Hinweis auf § 18 des hiesigen Sparkassen-Regulativs wird der etwaige Inhaber dieses Buches hiermit aufgefordert, seine Ansprüche hieran, bei deren Verlust binnen 3 Monaten, vom Tage der Erscheinung dieser Bekanntmachung ab gerechnet, bei uns anzumelden.

Wilsdruff, am 3. März 1910.

Der Stadtrat.

Wegen Reinigung sämtlicher Geschäftsräume bleiben diese Dienstag, den 8. d. M., nachmittags, u. Mittwoch, den 9. d. M., geschlossen.

Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden Mittwoch, den 9. März a. c. vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, den 2. März 1910

Der Stadtrat.

Neues aus aller Welt.

Fürst Bälom wurde zum Ehrenmitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften ernannt.

Graf Zepelin ist vorgestern in Hamburg eingetroffen, um an der Sitzung des Komitees der arktischen Zepelin-Expedition teilzunehmen.

In Preußen gab es gestern wieder sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstrationen.

In Berlin fand gestern die Vereiniung der linksliberalen zur Fortschrittlichen Volkspartei statt.

Zum 22. März ist, wie verlautet, eine Massenerhebung bürgerlicher Offiziere in das Gardekorps geplant.

In Chemnitz fand gestern die Landtagung der nationalliberalen Partei Sachsens statt. — Die Bedingungen für die von der Dresdner Bank geplante Uebernahme der Breslauer Wechselbank und der Württembergischen Landesbank werden jetzt bekanntgegeben.

Bei Hähnchen in der Nähe von Leipzig ist ein Grabfeld der römischen Kaiserzeit aufgedeckt worden, dessen Funde jetzt vollständig bestimmt sind.

Das französisch-marokkanische Abkommen wurde nunmehr endgültig von Pichon und El Kefel unterzeichnet.

Dem Aviatiker Kongler gelang ein Flug von Monaco über das Meer nach Kap Martin und zurück.

Der Regierungsentwurf betreffend Revision der griechischen Verfassung wurde von der Kammer angenommen.

In Agram verhaftete die Kriminalpolizei eine wahrscheinlich in serbischen Diensten stehende Spionin, welche verdächtig ist, die Osterreichische Generalstabsoffiziere gesandt zu haben.

Das bulgarische Königspaar ist vorgestern in Wien eingetroffen.

Die türkische Kammer hat ihr neues Gebäude in Topkane bezogen.

Bis Mitternacht sind in Philadelphia 75000 Arbeiter in den Generalstreik eingetreten.

In Kanada sind durch eine Lawine 92 Menschen getödtet worden.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 7. März.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat

hat am Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts, sowie eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Rechtsanwaltsordnung, nach den Anträgen der Ausschüsse zugestimmt.

Kriegsteilnehmerbeihilfen.

In der Budgetkommission des Reichstages kam am Freitag beim Etat für den allgemeinen Pensionsfond der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes nochmals auf die Leistungen des Reiches für die Kriegsteilnehmer zurück und legte zahlenmäßig dar, daß im Jahre 1873 bei Gründung des Reichsinvalidenfonds die bestimmte Absicht obwaltete, mit den 561 Millionen Mark dauernd auszukommen, die aus der Kriegsentgeltabgabung entnommen und zur Ausstattung des Invalidenfonds verwendet wurden. Statt dessen hätte man bis jetzt 1500 Millionen Mark gebraucht und den Invalidenfonds vollständig erschöpft, so daß die Reichskasse noch auf unabsehbare Zeit mit vielen 100 Millionen Mark belastet bliebe. Er führe dies nur an, um die Annahme zu widerlegen, als ob das Reich es an der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer irgend

hätte fehlen lassen. Im Gegenteil wäre diese Fürsorge seit 1873 fortbauend und erheblich erweitert worden.

Reform des Militärstrafgesetzbuches.

In Verbindung mit der Reform des bürgerlichen Strafgesetzbuches wird eine Umarbeitung des Militärstrafgesetzbuches in die Wege geleitet. Dabei soll anstatt der jetzt noch vorgesehenen Haftstrafe bei geringen militärischen Vergehen von Personen des Berufsstandes die Einführung von Geldstrafen in Aussicht genommen werden.

Bürgerliche Offiziere für die preussische Garde.

Wie aus Berlin berichtet wird, sind die Regimentskommandeure der Linienregimenter aller Waffengattungen durch das Militärkabinett aufgefordert worden, je einen bürgerlichen Offizier namhaft zu machen, der sich für die Veretzung in die Garde eignet.

Typhusepidemie.

Nachträglich stellt sich schwerer, durch das Moselhochwasser verursachter Schaden heraus. In vielen kleinen Orten ist infolge schlechter Kanalisation der Typhus ausgebrochen.

Ausland.

Die Koburger Stiftung König Leopolds.

In der belgischen Deputiertenkammer wurde am Donnerstag über eine sozialistische und eine liberale Interpellation, betreffend die Koburger Stiftung des Königs Leopold, verhandelt, in deren Aktiobestand für 23 Millionen Kongowerte gefunden wurden. Justizminister de Bantshere erklärte, daß das Ministerium jene Aktien reklamiert habe. Mehr könne er über den Stand der Verhandlungen nicht sagen. Kolonialminister Renkin gab unter großer Erregung des Hauses zu, daß er bei der Uebergabe des KongoStaats an Belgien getäuscht worden sei, was große Erregung hervorrief. Wenn er vor der Annexion des Kongo eine, wie jetzt festgestellt worden, unrichtige Angabe gemacht habe, so sei dies im guten Glauben geschehen, da Beamte die Buchführung geprüft und ihn in dieser Weise informiert hätten. Die Besprechung der Interpellation wurde nach einer scharfen Kritik des Radikalen Janson vertagt.

Bärmigen im französischen Parlament.

Die Budgetberatung der französischen Kammer ging Donnerstag in früher Morgenstunden unter stürmischen Verhandlungen zu Ende. Nach einer langen Rede des ehemaligen Finanzministers Caillaux, der seine Finanzreformpläne, namentlich den Entwurf der Einkommensteuer, rechtfertigte, erfolgte die Abstimmung über das gesamte Budget, das mit 446 gegen 67 Stimmen bewilligt wurde. Ueber die Tagesordnung der nächsten Sitzung kam es hierauf zu erregten Auseinandersetzungen. Die Rechte erhob unter lärmenden Schlägen der Bulbedel Einspruch gegen den Vorschlag, die Freitagssitzung den Schulgesetzen zu widmen, der Deputierte Leroy Beaulieu gerschlug seinen Bulbedel und vollführte mit den zerbrochenen Stäben einen gewaltigen Spektakel auf dem Pult seines Nachbarn. Der Deputierte Duclaux Montell stürzte sich auf den Käramacher, um ihm sein Instrument zu entreißen. Die Quislers traten zwischen die Segner und verhüteten ein Handgemenge. So begnügte sich jeder mit homerischer Beschimpfung seines Feindes, wider den er die Fäuste ballt. Nach der Melodie des Campionliedes stimmten die Deputierten der Rechten den Refrain an: „Das ist ein Diebstahl, das ist ein Diebstahl!“ Dem Präsidenten Brisson gelang es nicht, die Ruhe wieder herzustellen. So stürzte er sich den Zylinder aufs Haupt

und schloß damit die stürmische Nachtstimmung gegen 1 Uhr morgens.

Brüggelzonen in der italienischen Kammer wegen Galanterie.

Die Affäre der Frau Eleonore Siemens hat am Sonnabend in der italienischen Kammer zu einer Brüggelzone geführt. Zwei Abgeordnete, der Republikaner Ghiesia und der Liberale Reali hatten eine Anfrage an die Regierung gerichtet, um über die Beziehungen der genannten Dame zu verschiedenen Generalen eine Erklärung zu erhalten. Ghiesia sprach sich scharf gegen den Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Brudente aus. Es entstand ein ungeheurer Lärm, infolgedessen der Präsident die Sitzung suspendierte. Die Sitzung hatte dann noch ein Nachspiel in den Wandelgängen. Da Ghiesia bei der Debatte über Frau Siemens auch die Mailänder Herzogin Bitta erwähnte, trat der Neffe der Herzogin, der Abgeordnete Morando auf Ghiesia zu und bearbeitete ihn mit beiden Fäusten derart, daß ihm das Blut vom Gesicht lief. Die beiden wußten durch andere Abgeordnete getrennt werden. Das Endergebnis der Kammerstimmung sind zwei schwere Duellforderungen, die eine seitens des Unterstaatssekretärs Brudente gegen Ghiesia, die andere seitens Ghiesia gegen Morando.

Ein Prozeß gegen das schwedische Königshaus.

Die Stockholmer Zeitungen und die öffentliche Meinung in Schweden werden in hohem Maße durch einen Prozeß beschäftigt, den das frühere Amtsratsmitglied Johannsson gegen die Königinwitwe Sofia und die Prinzen Karl Eugen und Bernadotte angestrengt hat, auf Herausgabe von vier Briefen, die im Jahre 1842 dem damaligen Kronprinzen, späteren König Oskar I. übergeben worden sind. Falls er damit sein Ziel nicht erreicht, will er auch die Königin von Dänemark vor Gericht laden, deren Vater, König Paul XV. von Schweden, zu den Erben des König Oskars I. gehörte. Die Briefe stammen von einer jungen Dame, die sich Helga de la Brache nannte und behauptete, eine legitime Tochter des abgestorbenen Königs Gustav IV. und seiner Gemahlin zu sein. Dadurch habe sie in einem nahen Verwandtschaftsverhältnis zum russischen Kaiserhause gestanden, das ihr auch eine Geldsumme übergeben haben soll, die sich jetzt auf etwa sechs Millionen Kronen belaufen dürfte. Das Geld ist aber verschwunden ebenso wie die Briefe, trotzdem sie in dem öffentlichen Verzeichnis über die beim Hofe eingegangenen Schreiben aufgeführt sind. Es gelang Helga de la Brache eine Zeitung, vom schwedischen Staate eine Pension zu bekommen, sie wurde aber später allgemein als Betrügerin gestempelt. Als sie starb, vermachte sie ihre Forderung Johannsson, der seit einer Reihe von Jahren vergebliche Kämpfe um sein vermeintliches Recht führt. Der jetzige König erklärte bei Gelegenheit, daß er mit der Angelegenheit nichts zu tun haben wolle.

312 russische Staatsbeamte

wegen Unterschlagung angeklagt.

Die Revision des russischen Senators Garin hat bekanntlich bei den Militär-Intendanturen Betrügereien zahlreicher Beamten zu Tage gefördert, durch die der Staat um einige Millionen Rubel betrogen worden ist. Wie hierzu der „B. R.“ aus Petersburg gemeldet wird, ist jetzt die Anklageschrift gegen 312 Intendantenbeamte festgestellt worden, so daß in Kürze mit einem Riesenprozeß wegen Unterschlagung im Werte zu rechnen ist. Es verlautet, daß die Verhandlungen sensationelle Enthüllungen bringen werden, denn einige beschuldigte Beamte haben